DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

SPIEGEL *Titel*

„Was der Regierung fehlt, ist ein Kopf"

Herbert Wehner und Willy Brandt haben sich nichts mehr zu sagen. Seit der SPD-Fraktionsführer in Moskau die Ost-Politik der Bundesregierung öffentlich kritisiert und Brandts Kanzler-Qualitäten angezweifelt hat, sinnt sein Partei- und Regierungschef darauf, seinen Fraktionsvorsitzenden in Bonn loszuwerden. Wehner aber will sich im Dezember sogar neu zur Wahl stellen. So bleibt nichts anderes, als den Bruch weiter zu verkleistern.

Ich wünschte, mich träfe der Schlag, damit ich gar nicht erst nach Moskau müßte.
Herbert Wehner zu Wolfgang Mischnick

Zweimal gab sich das Bundeskanzleramt der bang-frohen Erwartung hin, der Fall Wehner sei schon ausgestanden.

Am Dienstagmorgen voriger Woche wurden in der Gruppe Brandt Zweifel laut, ob sich der rücksichtslose Regierungskritiker von Moskau überhaupt noch einer Aussprache mit dem geschmähten Bundeskanzler stellen werde. Ohne sichere Nachricht über die Passagierliste der Maschine, mit der die Bonner Bundestagsdelegation von ihrer Rußland-Tournee heimkehrte, spekulierte die Brandt-Runde, Wehner sei solo für ein paar Tage in der Sowjet-Union zurückgeblieben — Signal für den endgültigen Bruch mit Brandt.

Doch Wehner kehrte zurück und machte auch die zweite Kalkulation der Brandt-Männer zunichte: Er hielt es nicht für angebracht, sogleich sein Amt als Führer der SPD-Bundestagsfraktion niederzulegen — obwohl er Brandt öffentlich das Mißtrauen erklärt, obwohl er ihm unverhohlen die Qualifikation als Regierungs- und Parteichef abgesprochen hatte.

Das Zerwürfnis der beiden Mächtigen in der SPD ist endgültig. Die ohnehin zerstrittene größte Regierungspartei geriet noch stärker ins Schlingern, das sozialliberale Bündnis erhielt seinen ersten schweren Stoß. Das Ende der Ära Wehner hat begonnen.

Zu hart hatten den gerade auf der Uno-Weltbühne brillierenden deutschen Friedensnobelpreisträger die Fußtritte getroffen, die ihm von seinem alten Weggenossen aus dem fernen Moskau

Fraktionsvorsitzender Wehner in Moskau: „Im Sinne der Bergpredigt helfen"

dem immer noch die Geschicke Millionen Deutscher abhängen, öffentlich für einen Einzelkämpfer ausgibt? Wer sollte ihn denn „steinigen" wollen, wenn nicht seine Koalitionsfreunde? Die von der CDU/CSU haben das doch schon 1957 besorgt!

Man weiß nicht, was skandalöser sein soll, Wehners Ausfälligkeit in Sowjetrußland oder die unwürdige Bemäntelung in Bonn. Als Fleisch gewordener Satyr erschien dann auch noch Karl Wienand auf der Bildscheibe, um die Arbeit der Fraktion als unerheblich zu diskreditieren. Es mag ja sein, liebe Herren, daß die Wähler euch derlei nicht übelnehmen; aber dann laßt die gesalbten Texte in den Schubfächern derer, die sie sich ausdenken.

Zurück nach Moskau. Daß Wehner in Rußland zuschlagen würde, hat wohl keiner erwartet. Zwei Motive könnten, da Zufälligkeit ausscheidet, zutreffen: Erstens: Er steuert auf seinen Abgang aus dem Fraktionsvorsitz zu und möchte sein Vermächtnis mit möglichst hallenden Donnerschlägen untermalen. Vielleicht ist das so, ich glaube es nicht (Wehner, übrigens, hat seine Beweggründe noch nie irgendeinem mitgeteilt, er, der „Anti-Individualist", ist der Individualist in Person). Die zweite Lesart wäre, Wehner habe die Dinge in Bewegung bringen wollen. Daß man das so nicht kann, nicht nachhaltig kann, jedenfalls nicht mit den Koalitionspartnern Scheel und Genscher, müßte er wissen. Weiß er auch. Auf deutsch: Auch die Nicht-Artisten sind ratlos. Nur, daß die Zirkuskuppel brennt, merkt auch niemand.

Vordergründig ist nun Bewegung in den Dingen, aus den Taschen mündiger und unmündiger Bürger fließen Zins-Erleichterungen für die Russen. Aber war der Preis dieser „nützlichen Aufregung" („Sonntagsblatt") nicht trotzdem zu hoch?

Stehen Brandt und Wehner nicht als zwei Leute da, die nicht miteinander, sondern nur noch übereinander reden können, und zwar schlecht? Es stimmt doch wohl, daß sie den Besuch in Moskau überhaupt nicht miteinander besprochen haben?

Herbert Wehner wird ganz sicher nicht einsehen, daß er durch sein wohl nicht mehr korrigierbares Wesen die wichtigste Ursache setzt für die Isoliertheit, unter der er leidet und die in einem schreienden Mißverhältnis steht zu dem Wissen, dem Amt und der Persönlichkeit dieses Fraktionsvorsitzenden der SPD. Verläßt Brandt, der Jüngere, der Flexiblere, der „Höhere", nicht den Schutzwall seiner Hab-ich-das-nötig-Attitüde; geht er auf den Fraktionsvorsitzenden, dem er so vieles verdankt, nicht als ein neuerlich Werbender zu, so bekommen wir zu allem anderen noch Adenauersche Zustände. Na sdorowje.

verpaßt worden waren. Dort hatte der Fraktionsvorsitzende, mit anderen Parlamentariern auf Sowjet-Tournee, Kollegen wie Journalisten wissen lassen, in der Berlin- und Ostpolitik hätten Brandt und sein liberaler Kompagnon Walter Scheel mit ihren Forderungen „überzogen"; und Brandt, die „Nummer Eins", sei „entrückt" und „abgeschlafft", eigentlich regierungsunfähig.

Wehner in Rußland über den Mann, dem er in Bonn mit zur Macht verholfen hat: „Der Kanzler badet gern lau — so in einem Schaumbad." Und: „Was der Regierung fehlt, ist ein Kopf."

„Da gab es kein gutes Wort."

Brandt giftete zurück. Er sprach Wehner die Zurechnungsfähigkeit ab; in dem Ex-Kommunisten sei wohl die „Romantik der Jugendzeit" durchgebrochen. Und voller Ingrimm kündigte Nummer Eins Konsequenzen an: „Der Kerl" sei zu „knipsen", Wehner als Vorsitzender der SPD-Mehrheitsfraktion abzulösen.

Doch Brandts starke Worte können einstweilen nur Drohung bleiben. Auch er, der konkurrenzlose Parteivorsitzende und glänzende Wahlsieger von 1972, hat nicht die Macht, einen Herbert Wehner im Handstreich zu erledigen — es sei denn, Brandt wolle die Solidarität in Partei und Fraktion über Gebühr strapazieren.

In den Dienstagsitzungen des Parteipräsidiums und der Bundestagsfraktion mußte Brandt zur Kenntnis nehmen, daß die Genossen nicht in der Stimmung waren, ihren „Onkel Herbert"

Ostpolitiker Brandt in den USA
„Der Kanzler badet gern lau"

fertigzumachen. Mehr noch, die Mehrheit der Fraktion ließ deutlich werden, daß die Abgeordneten Wehners Kritik am ostpolitischen Trott der FDP/SPD-Regierung in der Sache teilen. Links-MdB Dietrich Sperling: „Ich habe mich durch Herbert Wehner in Moskau gut vertreten gefühlt."

Der Kanzler indes bekräftigte gleich zweimal, daß er mit Wehner am Ende ist. In der SPD-Baracke, beim Gespräch unter vier Augen blieb Brandt

Ostpolitiker Scheel, Polens AA-Chef Olszowski in New York: Kompetenzen verlangt

unversöhnlich. Wehner: „Es gab kein gutes Wort."

Zwei Stunden später, beim dienstäglichen Mittagessen mit den liberalen Koalitionspartnern Walter Scheel, Hans Dietrich Genscher und Wolfgang Mischnick im Kanzler-Bungalow, machte Brandt den Bruch sichtbar: Der Hausherr ließ den FDP-Chef Scheel auf Wehners angestammtem Stuhl an des Kanzlers Seite Platz nehmen — der Verstoßene mußte an den Rand der Tafel rücken. Wehner verstand die neue Tischordnung so: Brandt geht die Solidarität mit dem Liberalen über die Solidarität mit dem Genossen.

Als Scheel dem Moskau-Heimkehrer vorhielt, Wehners Ausfälle hätten dem Außenminister bei seinen Verhandlungen in New York über den Fortgang der Ostpolitik geschadet, blaffte Wehner gereizt zurück: „Wenn Sie das schon sagen, von wann an habe ich Ihnen denn geschadet?"

Der Krach in der Koalition verschaffte der Opposition eine Chance zum Auftritt, wie sie ihr selten geboten wird. Genüßlich spielte sich die in der Ostpolitik abgehängte CDU/CSU-Fraktion am Mittwoch letzter Woche im Bundestag als der wahre Sachwalter deutscher und Berliner Interessen auf. Oppositionsführer Karl Carstens weidete sich am Konflikt Brandt/Wehner, nahm dankbar den Vorwurf des SPD-Fraktionschefs auf, Brandt sei „regierungsunfähig", und machte FDP-Chef Scheel unverhohlen Avancen: „Wir haben einen Außenminister, der die Einbeziehung West-Berlins in die Verträge der Bundesrepublik anstrebt."

SPD-Bundesgeschäftsführer Holger Börner überkam die blanke Verzweiflung: „Wir müssen aus Scheiße Margarine machen. Die Farbe kriegen wir hin, doch der Geschmack bleibt."

Mühsam wurde der Konflikt fürs erste überkleistert. Brandt im Bundestag: Wehner habe sich „um Berlin und um die Menschen in Deutschland verdient gemacht". Wehner vor der Fraktion: „Ich unterstütze voll und ganz die Politik dieser Bundesregierung."

Doch der große alte Mann der deutschen Sozialdemokratie, bisher stets darauf bedacht, die Genossen in der Macht zu etablieren — gleich, ob in Koalition mit Christ- oder mit Freidemokraten —, hat das sozialliberale Bündnis in eine Krise gestürzt, die so lange währen muß, wie Herbert Wehner im Amt bleibt. Denn Brandt und Scheel können auf Dauer nicht mit einem SPD-Fraktionsvorsitzenden regieren, der öffentlich gegen ihre Politik Front macht.

Aber Wehner denkt nicht an Rücktritt. Obwohl sich die im Dezember anstehenden Neuwahlen zum Fraktionsvorsitz für einen honorigen Abgang anböten, hat Wehner bereits letzte Woche annonciert, er werde noch einmal und womöglich auch dann nicht zum letztenmal kandidieren (siehe SPIEGEL-Gespräch Seite 36).

Solches Beharren würde den Streit zwischen den beiden Schlüsselfiguren im sozialdemokratischen Regierungslager freilich bis weit hinein in die zweite Hälfte der Legislaturperiode, vielleicht sogar bis zur nächsten Bundestagswahl institutionalisieren. Und Nutznießer wäre dann nicht nur die Opposition, sondern womöglich auch der liberale Bündnispartner, dessen Expansionsdrang Wehner ja gerade stoppen möchte.

Daß der Kanzler die immer selbstbewußter auftretende FDP in die Schranken weisen könnte, mag Wehner nicht mehr glauben. Zu tief sitzt die Enttäuschung des ausgefuchsten Machtpolitikers über das lasche Koalitionsregiment Brandts, dem er Konfliktscheu bei der Führung der Partei vorwirft und die Courage abspricht, seine Richtlinienkompetenz als Kanzler gegenüber den Liberalen zu nutzen — in der Innen- wie in der Außenpolitik. Wehner: „Die politische Handlungsfähigkeit der SPD als der die Koalition führenden Partei ist dabei, gelähmt zu werden."

Morgenpost

Mick benahm sich wie eine Diva (S.9)

Heute muß Wehner in den Beichtstuhl

Koalitionsgespräch nach der Rückkehr aus Moskau

Hamburg: Keine Stadt-Autobahnen

Hamburg: Pestschweine verkauft?

Nach der Dreh-Schicht

Schlagzeile der SPD-eigenen „Hamburger Morgenpost": Genossen total verwirrt

„Schauerlich, was die Beamten da machen."

Es erzürnt Wehner (und dazu die Mehrheit der SPD-Fraktion), daß ein sozialdemokratischer Kanzler, ausgestattet mit einer Majorität wie nie zuvor, wichtige gesellschaftspolitische Reformen nicht hart genug, notfalls auch gegen Widerstände aus der FDP, vorantreibt. Denn Wehner möchte, daß die Macht nicht nur genossen, sondern auch genutzt wird, um — so sein Bekenntnis — „im Sinne der Bergpredigt die gesellschaftlichen Verhältnisse des menschlichen Zusammenlebens ändern zu helfen" und für „präzise, nachrechenbare . . . praktische Programme" zu kämpfen.

Daß nun aber der kleine Partner im Bündnis den Fortgang der Reformprojekte Mitbestimmung, Vermögensbildung und Bodenrecht diktiert, enragiert Wehner um so stärker, je mehr er, alternd und kränkelnd, seinen Einfluß schwinden sieht. 1970 noch, als gefürchteter Zuchtmeister einer um ihr Leben in der Regierung kämpfenden SPD-Fraktion, hatte er mit Vehemenz der FDP ein Betriebsverfassungsgesetz abgetrotzt, das bei den Genossen und bei den Gewerkschaften Zustimmung fand. Wehner damals: „Die Fraktion soll nicht Feste feiern, sie soll feste arbeiten."

Doch mehr noch als die innenpolitischen Folgen des Kanzler-Schlendrians fürchtet Wehner außenpolitischen Schaden. Die Genossen, Brandt voran, so mutmaßt er, könnten leichtfertig die größte Errungenschaft sozialliberaler Regierungsarbeit vertun — den Ausgleich der Bundesrepublik mit den osteuropäischen Staaten. Die Bundesregierung, so Wehners Kritik, sei im Begriff, „alte Politik mit neuen Verträgen" zu praktizieren. Brandt unterlasse es, die Bürokraten in Walter Scheels Auswärtigem Amt von juristisch-diplomatischen Bremsmanövern abzuhalten. Schlimmer noch, der Kanzler, so Wehner, habe dem „Buchhalter" im Außenamt, Staatssekretär Paul Frank, das Sagen über den Fortschritt der Ostpolitik übertragen. Wehner: „Schauerlich, was die Beamten da machen. Die machen alles kaputt."

Dem Regierungschef selber lastet Wehner an, er habe die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der ČSSR durch überzogene Berlin-Forde-

AA-Staatssekretär Frank
„Alte Politik . . .

rungen blockiert und die Tschechoslowaken mit der Absage seiner Reise nach Prag brüskiert. Wehner über den Kanzler: Es genüge nicht, nur in Moskau und Warschau „Autogramme zu sammeln" und den Rest der Ostpolitik dann der Administration des Auswärtigen Amtes zu überlassen.

Die aufgestaute Wut Wehners entlud sich bei seinem Sowjet-Besuch in der vorletzten Woche über Bonns Moskau-Botschafter Ulrich Sahm. Dabei hatte der Diplomat kurz zuvor mit Rücksicht auf die Sowjets den wegen der Dissidenten-Prozesse auf Krawall gestimmten Schriftsteller Günter Graß ausgeladen — ganz im Sinne Wehners.

„Dieser Herr Lang-Sahm", so beschwerte sich Wehner letzte Woche im SPD-Präsidium, habe ihn nur unvollständig über das Echo seiner Moskauer Äußerungen in der Bundesrepublik unterrichtet: Die Berichte des Presseamtes an die Botschaft seien ihm „zum Teil nur leihweise" zur Verfügung gestellt worden.

Zum Abschied ein Handschreiben vom Kanzler.

Eine behutsame Einlassung Sahms, das Auftreten des SPD-Fraktionschefs belaste möglicherweise Scheels Gespräche bei dessen Moskau-Besuch im November, kommentierte Wehner giftig: Dies habe der Botschafter nur gesagt, „damit er das dann auch in seinen Bericht schreiben kann".

Am Stand der Bonner Ostpolitik moniert der SPD-Stratege vor allem, daß die Zweifel an der Seriosität der Verhandlungsergebnisse mit dem Osten, die sowohl in der westdeutschen Öffentlichkeit als auch innerhalb des Warschauer Paktes in letzter Zeit verstärkt aufgekommen waren, von Bonn nicht tatkräftig genug ausgeräumt wurden. Hatten in der Bundesrepublik vor allem die juristischen Querelen um Berlin die Skepsis geweckt, SPD-Bahr habe in Moskau nicht sorgfältig verhandelt, so war im Osten der Verdacht entstanden, Bonn wolle das Berlin-Abkommen extensiv auslegen — etwa durch die geplante Ansiedlung des Bundesamtes für Umweltschutz in West-Berlin oder durch den Versuch, den Berliner MdBs volles Stimmrecht zu geben.

Am stärksten verdroß es Wehner, daß SPD-Finanzminister Helmut Schmidt und FDP-Wirtschaftsminister Hans Friderichs mit haushalts- und konjunkturpolitischen Argumenten den devisenschwachen Ostblockstaaten bislang die gewünschten zinsgünstigen Kredite verweigerten.

Nicht erst in Moskau machte der Fraktionsvorsitzende seinem Ärger Luft. Schon seit Ende 1972 sucht er die Regierung, teils in internen Gesprächen, teils in Parteitagsreden, ostpolitisch wieder in Trab zu bringen.

Doch der Kanzler stimmte sich mit Wehner nicht einmal vor dessen Aufbruch zum Kreml persönlich ab. Er ließ ihm lediglich ein AA-Telegramm über die New Yorker Verhandlungen zwischen Scheel und Sowjet-Außenminister Andrej Gromyko zukommen. Per Fahrer schickte er ihm ein eher ärmliches Kanzler-Handschreiben. Darin trug Brandt dem Ostkurier auf, er möge sich in seinem Namen für die — von Rußland-Heimkehrer Landwirtschaftsminister Josef Ertl gerade überbrachten — Grüße des Sowjet-Premiers Kossygin bedanken und im übrigen den Kreml-Chefs mitteilen, daß Bonn sich an die Verträge halten wolle.

Wehner: „Diese Schönwettermeldungen — der habe jenen getroffen und dieser habe dem anderen schöne Grüße bestellt —, das paßt ja nicht zusammen mit den Hagelschauern, die dann manchmal niedergehen."

Unmittelbar vor seiner Abreise in die Sowjet-Union versuchte Wehner noch einmal, in Interviews die Aufmerksamkeit auf seine ostpolitischen Sorgen zu lenken. Denn, so Wehner: „Ich will doch keine Haufen legen, ohne noch einen Einfluß zu nehmen, welche Fliegen sich darauf setzen." In seinem Groll drohte er kurz vor dem Abflug gegenüber Vertrauten schon an, notfalls nicht nur den Fraktionsvorsitz, sondern auch sein Bundestagsmandat niederzulegen, wenn die Regierung nicht endlich aufwache.

Rote Rosen für den Genossen.

In der Sowjet-Union nutzte er dann gezielt die Beachtung, die er als einstiger Moskau-Emigrant fand, um seinen Vorwürfen gehörigen Widerhall zu verschaffen. Offen gestand er, diesen Verstärker-Effekt gesucht zu haben: „Die Aufregung hätte vor dieser Reise liegen müssen, aber man hat totgeschwiegen, was ich gesagt habe."

Die Anstöße Wehners — nach Ansicht zahlreicher Genossen in ihrem sachlichen Kern berechtigt, im Stil gegenüber dem eigenen Bundeskanzler aber kaum noch zu rechtfertigen — werden nach Überzeugung sozialdemokratischer Kabinettsmitglieder schon bald Wirkung zeigen. „Die Ostpolitik", so ein SPD-Minister, „erhält jetzt neuen Drive. Niemand wird sich jetzt trauen können, weiter in Klein-Klein zu machen."

Schon werden in Bonn die ersten Kompromißformeln herumgereicht,

. . . mit neuen Verträgen": **Minister Friderichs, Schmidt**

mit deren Hilfe die festgefahrenen Rechtshilfeverhandlungen wieder vorankommen könnten. So sollen die deutschen Botschaften in den Ostblockstaaten wohl natürliche und juristische Personen aus Berlin — also auch West-Berliner Firmen — in Zivilsachen konsularisch vertreten können, nicht aber Belange des West-Berliner Senats, zum Beispiel Amtshilfe-Ersuchen von Polizei und Staatsanwaltschaft in Strafsachen. Und obschon Finanzminister Schmidt und Wirtschaftsminister Friderichs noch immer nicht so recht wollen, scheint die Bundesregierung nun doch zur Zinssubvention für Ostländer bereit zu sein. Staatssekretär Frank nannte am Donnerstag Zinssätze von 6 bis 6,5 Prozent als möglich.

Mithin kann Wehners Rechnung wenigstens in einem Punkt aufgehen: Die Bonner Ostpolitik hat durch seine Moskauer Intervention neue Impulse empfangen. Sein zweites Ziel aber, den Einfluß des freidemokratisch geführten Außenamtes zu reduzieren, scheint nun gar nicht mehr denkbar. Um den großen Wehner-Krach in der Koalition zu vermeiden, mußte Brandt inzwischen dem Verlangen von FDP-Scheel nachkommen, ihm und dem AA die Kompetenz für die gesamte Bundesaußenpolitik voll zu überschreiben — zum Nachteil all jener Sozialdemokraten, die sich, wie Egon Bahr, Hans-Jürgen Wischnewski und Erhard Eppler, zum Ärger Scheels in die Diplomatie eingemischt hatten.

Am Freitag letzter Woche beklagte schon Genosse Bruno Friedrich im SPD-Vorstand Brandts Zugeständnis: Die FDP beanspruche nicht nur in der Außenpolitik ein Monopol, sie mische sich zudem ohne Rücksicht auf die SPD in alle Bereiche der Innenpolitik ein. Und ein Minister, den Brandt als Berater schätzt und der Ende letzter Woche Aufwand und Ertrag der Operation Wehner gegeneinander abwog, klagte: „Man braucht nicht gleich die Kirche anzustecken, nur um ein bißchen mehr Geld aus dem Opferstock zu klauen."

Kanzler Kiesinger, Minister Wehner, Brandt 1966: Klaglos und pflichtbewußt

Parteiführer Wehner, Brandt, Schmidt 1973: Entrückt und abgeschlafft

Zugleich aber macht der politische Kraftakt des Fraktionsvorsitzenden deutlich, wie sehr sich Herbert Wehner dem Mann entfremdet hat, mit dem er Ende der fünfziger Jahre eine politische Zweckgemeinschaft eingegangen war.

Damals hatte Wehner gegen den Widerstand des SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer den populären Frontstadt-Bürgermeister Willy Brandt zum Kanzler-Kandidaten einer SPD gemacht, die gerade auf dem Weg von der Klassen- zur Volkspartei war. Der ehemalige Kommunist Wehner, der nach Verfolgung durch Nationalsozialisten und Stalinisten in der SPD eine neue politische Heimat gefunden hatte und der 1958 zum Stellvertreter Ollenhauers aufgestiegen war, protegierte Brandt nicht aus Sympathie, sondern aus politischem Kalkül: Wehner erkannte frühzeitig die Chance, Brandts in Berlin bereits erprobte Anziehungskraft für die Gesamtpartei zu nutzen.

Als er nach dem gescheiterten Mißtrauensvotum Rainer Barzels am 27. April vergangenen Jahres mit Tränen in den Augen den Kanzler umarmte, als er ihm gerührt einen Strauß roter Rosen überreichte, da galten seine Gefühle nicht einem Freund und Genossen, sondern der Symbolfigur sozialdemokratischer Macht im Staate.

Die beiden Männer, die über ein Jahrzehnt lang die größte deutsche Partei geführt haben, sind sich stets fremd

geblieben — zu unterschiedlich sind ihre Charaktere.

Der eine, Brandt, im Umgang mit der Macht eher zaudernd, der andere, Wehner, ein anpassungsbereiter Polit-Asket, der nur ein Ziel hat: seiner Partei die einmal gewonnene Macht zu erhalten; der eine im Verkehr mit seinen Mitmenschen stets auf Ausgleich und Harmonie bedacht, der andere eher zu schroffer Intoleranz neigend; der eine gemächlich, der andere rastlos.

Mit wachsendem Argwohn verfolgte Wehner den Lebensstil des Willy Brandt, der seit dem Wahlsieg vom letzten November seine geschichtliche Aufgabe offenbar für erfüllt ansieht und nicht mehr Einsatz zeigt als erforderlich ist. Zuwenig drängend, zuwenig dynamisch erscheint dem Fraktionsvorsitzenden der Kanzler und Parteivorsitzende: Brandt beschwöre die Gefahr herauf, „daß alles unter ihm wegbricht". Eine Partei könne man „nicht mit Vorlagen führen". Wehners Befürchtung: daß „alles verkommt".

Das Zerwürfnis währt schon lange. Noch heute verübelt Wehner dem SPD-Chef, daß dieser 1966 nicht spontan für die Große Koalition zwischen CDU/CSU und SPD votiert hatte. Erst auf Drängen seines damaligen Stellvertreters erklärte sich der nach zwei Wahlschlappen resignierende Parteivorsitzende bereit, als Außenminister ins Kabinett Kurt Georg Kiesingers einzuziehen — ursprünglich hatte er allenfalls Gesundheits- oder Verkehrsminister werden wollen.

Während Brandt aus seinem Widerwillen gegen die Regierungspartner der Großen Koalition keinen Hehl machte und auch bald heftig mit Kanzler Kiesinger und dessen Staatssekretären Karl Carstens und Karl Theodor von und zu Guttenberg aneinandergeriet, kooperierte Wehner — als Gesamtdeutscher Minister — klaglos und pflichtbewußt.

Und auch bei der nächsten Regierungsbildung, 1969, waren sich die beiden Chef-Genossen uneins. Während Wehner, der seine Partei noch nicht für fähig hielt, die Regierung zu führen, für die Fortsetzung des Bündnisses mit der Union plädierte, verabredete der von neuem Selbstbewußtsein beflügelte Willy Brandt noch in der Wahlnacht die Koalition mit Walter Scheels FDP.

„Von Brandt erfahre ich ja nichts mehr."

Doch schon wenig später demonstrierte Wehner erneut seine Anpassungsfähigkeit und ging bedingungslos auf die Zusammenarbeit mit den Liberalen ein, die er vorher beschimpft und noch in der Wahlnacht als „Pendlerpartei" abqualifiziert hatte. Sein Verhältnis zum FDP-Fraktionschef Wolfgang Mischnick — Dresdner wie Wehner — wurde neben der Freundschaft zwischen Brandt und seinem FDP-Vizekanzler Walter Scheel zum tragenden Pfeiler der Koalition.

Als während der Ratifizierung der Ostverträge die beginnende, später freilich gescheiterte Zusammenarbeit zwischen Opposition und Koalition sich in einer Woche der Brüderlichkeit manifestierte und Brandt im Bundeshaus-Restaurant mit Barzel öffentlich Bier trank, empfand Wehner das Verhalten des Kanzlers als Verrat: Nach seinem Konzept hätte Brandt die Ostverträge in offener Feldschlacht gegen die CDU/CSU durchpauken oder aber das Parlament vorzeitig auflösen sollen, um sich in Neuwahlen mit Hilfe der populären Ostpolitik eine sichere Mehrheit zu verschaffen.

Nach der Novemberwahl des vergangenen Jahres sah Willy Brandt, eine komfortable Mehrheit im Rücken, endlich die Chance, den lästigen Kompagnon abzuschütteln — durch Wahl zum Bundestagspräsidenten. Hatte er Wehner in der ersten sozialliberalen Koalition gebraucht, um die wankenden Truppen der SPD- und FDP-Abgeordneten bei der Stange zu halten, so schienen ihm die Dienste des Zuchtmeisters nun überflüssig geworden.

Selbstbewußt machte sich Brandt daran, Herbert Wehner aus dem Tagesgeschäft zu drängen. Immer spärlicher flossen die Informationen aus dem Palais Schaumburg in das Zimmer 124 a des Bundeshauses. War früher Kanzleramtsminister Horst Ehmke jede Woche zum Rapport an Wehners Frühstückstisch auf dem Godesberger Heiderhof erschienen, schaut nun Brandts Parlamentarischer Staatssekretär Karl Ravens bei Wehner vorbei — gelegentlich. Der Fraktionschef verbittert: „Von Brandt erfahre ich ja nichts mehr."

Freilich erfährt Brandt auch wenig von Wehner. So hat das Kanzleramt bis heute keinen Bericht über die Gespräche erhalten, die Wehner im Mai mit DDR-Parteichef Erich Honecker in der Schorfheide bei Berlin führte (Wehner: „Das geht die nichts an").

Endgültig überworfen haben sich Wehner und Brandt aber nicht nur wegen der Führung der Regierungsgeschäfte. Der SPD-Fraktionsvorsitzende kreidet dem SPD-Chef auch schludrigen Umgang mit der Partei an. Brandt, so Wehners Klage, habe nicht verhindert, daß sich linke und rechte Sozialdemokraten von München bis Düsseldorf, von Frankfurt bis Bremen wie zwei gegnerische Parteien befehden. Profitieren von dieser durch Führungsschwäche verursachten Malaise werde allein der freidemokratische Partner, der sich beim Wähler auf Kosten der SPD profiliere.

Daß Wehners Befürchtung nicht aus der Luft gegriffen ist, belegen die jüngsten Meinungsumfragen. So muß der bayrische SPD-Chef und Bundeswohnungsbauminister Hans-Jochen Vogel sich damit abfinden, daß er kaum eine Chance hat, die im nächsten Jahr stattfindenden Landtagswahlen zu gewinnen. Demoskopen fanden heraus, daß die von Flügelkämpfen zerrüttete Münchner SPD sogar dabei ist, ihre traditionelle Vormachtstellung in der bayrischen Landeshauptstadt zu verlieren.

Zwar weisen Umfragen auf Bundesebene immer noch 45 Prozent SPD-Anteil aus, doch die FDP, die sich bei der letzten Wahl vor knapp einem Jahr mit 8,4 Prozent bescheiden mußte, kletterte inzwischen auf zwölf Prozent. Und schon hat FDP-Chef Walter Scheel in

DRR-Besucher Wehner, Mischnick, Gastgeber Honecker (M.): „Das geht die nichts an"

der Gunst des Wählerpublikums dicht zu Willy Brandt aufgeschlossen. Brandts Popularität rutschte von 24 auf 19 Punkte. Walter Scheels Marke kletterte auf respektable 18 Punkte.

Selbst in seiner 242 Köpfe starken Bundestagsfraktion muß sich Wehner mit Spaltungstendenzen auseinandersetzen, die er ebenfalls allein der Führungsschwäche des Parteivorsitzenden, keineswegs aber eigenen Fehlern im Umgang mit den Genossen anlastet. Erstmals organisierten sich nach der letzten Wahl linke und rechte Fraktionäre in geschlossenen Gruppen, um ihre unterschiedlichen politischen Vorstellungen durchzudrücken; erstmals auch arbeiteten die Linken nach festen Abstimmungsorders, mit einem Mandat, das „quasi imperativ ist" (Wehner-Gehilfe Karl Wienand).

In der veränderten SPD findet sich der 67jährige Fraktionschef kaum noch zurecht. Er versucht auch weiterhin, seine Fraktion so zentralistisch und bürokratisch zu führen, wie er es bei seinen ersten politischen Gehversuchen in der Kommunistischen Partei Deutschlands gelernt hat.

Im Keller eine Zettel-Bibliothek.

Um über die Vorgänge in der Fraktion stets informiert zu sein, hat sich Wehner ein dreißigköpfiges Gremium zugelegt, in dem die Obleute aller Fachbereiche sitzen. Jede Woche kommen sie beim Fraktionschef zum Rapport zusammen.

Eigene Anweisungen an die Genossen indes gibt Wehner meist nur über einen einzigen Mann weiter: über Fraktionsgeschäftsführer Karl Wienand, dem er auch in bittersten Paninternational- oder Steiner-Tagen unbeirrt die Stange hielt. In einer Diskussion des Parteivorstandes über den Steiner-Geschädigten ließ er ausdrücklich sein Treuebekenntnis ins Protokoll aufnehmen: „Ich verbinde mein Schicksal mit dem von Karl Wienand."

Schon 1966 fragten anonyme Genossen, die den damaligen SPD-Vize während seiner Vorstandstätigkeit in der Baracke beobachtet hatten, in einem in der Hamburger „Zeit" veröffentlichten Papier, „inwieweit Herbert Wehner neben dem Abwurf der kommunistischen Ideologie das Freischwimmen von kommunistischer Methodik gelungen ist". Die Antwort: „Die meisten Indizien sprechen dagegen."

Tatsächlich pflegt Wehner lieber zu dekretieren, statt zu diskutieren; über die Motive seiner Entscheidungen läßt er sogar engste Mitarbeiter im unklaren; statt verantwortlich zu delegieren, zieht er mißtrauisch alles an sich. Unmotiviertes Brüllen setzt der Fraktionsführer ebenso als Führungsmittel ein, wie er es genießt, Gesprächspartner, Brandt inklusive, durch minutenlanges Schweigen einzuschüchtern.

Wehner-Vertrauter Wienand, Chef: „Ich verbinde mein Schicksal mit seinem"

Zuweilen schreckt er auch vor raffiniertem Psycho-Terror nicht zurück. So brachte er einen sonst selbstbewußten Staatssekretär, dem er seine Gunst entzogen hatte, aus der Fassung. Der Genosse betrat eines Tages Wehners Bundeshaus-Büro und fand den Chef mit einem Stenoblock vor sich am Schreibtisch. Der Beamte entbot einen „guten Tag". Wehner stenographierte den Gruß und antwortete nicht. Er wartete auf weitere Äußerungen seines Besuchers, die er dann säuberlich mitschrieb.

Auch sonst gehört das Mitschreiben zu den bevorzugten Tätigkeiten des Fraktionsvorsitzenden. Auf kleinen Handzetteln stenographiert Wehner alles, was ihm wichtig dünkt: Telephonate, Gespräche, Sitzungen, Bundestagsdebatten. Der neue nordrhein-westfälische SPD-Landesvorsitzende und Arbeitsminister Werner Figgen erinnert sich: „Herbert Wehner hält den Verlauf einer Sitzung genauer fest als die meisten Protokollführer."

Als Zettel-Verwalter fungiert Greta Burmester, Wehners Stieftochter aus der ersten Ehe seiner Frau Charlotte. Sie hält die zentnerschwere Zettel-Bibliothek im Keller des Wehner-Hauses in Ordnung und spickt ihren Stiefvater je nach Anlaß mit den notwendigen Unterlagen. Karl Wienand: „Das ist direkt unheimlich, wie er da seine schwe-

Wehner, Stieftochter Greta, Frau Charlotte: Zum Abschied Mundharmonika

re Aktentasche dabei hat und dann plötzlich Dinge herauszieht über Vorgänge, die Jahre zurückliegen, mit Ort und Datum."

Greta ist ihrem Stiefvater auch anderweitig unentbehrlich. Die 48jährige Junggesellin, „der einzige Mensch, dem Wehner völlig vertraut" (Figgen), fungiert als persönliche Wehner-Referentin, führt seinen Terminkalender, umsorgt den Zuckerkranken mit Pillen und Stullen, chauffiert den weißen Familien-Volvo und begleitet den Fraktionschef auf all seinen Reisen. Hält Wehner eine Rede, sitzt Greta unauffällig beiseite und strickt oder häkelt still vor sich hin.

Selbst als Wehner in Warschau mit Polens Parteichef Edward Gierek die Weltlage erörterte, klapperte Greta mit den Nadeln. Der Pole zeigte sich schließlich so irritiert, daß Wehner seine Stieftochter sanft aus dem Raum komplimentierte: „Greta, mußt du nicht noch etwas einkaufen?"

gen „Gefährdung der schwedischen Freiheit und Neutralität" ins Zuchthaus gesteckt hatte. Wehner, der die Sprache des Landes beherrscht: „Schweden betrachte ich als meine geistige Heimat." Hier habe er Toleranz, praktische Vernunft und Demokratie gefunden.

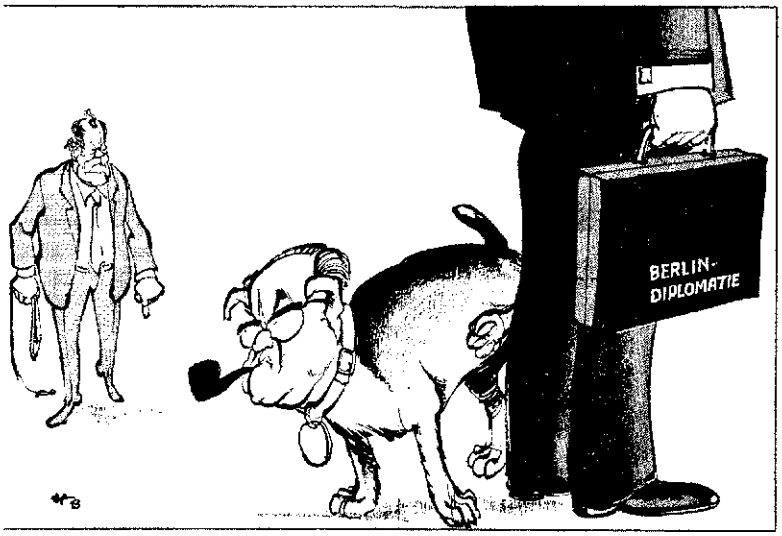
Daheim, unter den Genossen, fühlt er sich weniger zu Hause. Was er von seinen führenden Mitgenossen hält, hat er nie verschwiegen. Helmut Schmidt kanzelte er einmal vor einer Tischgesellschaft ab: „Du Patent-Sozialdemokrat, du bist ja nie in einer anderen Partei gewesen." Und als Willy Brandt beim Hannover-Parteitag im Frühjahr seinem amtsmüden Stellvertreter Wehner vorhielt, daß dann Heinz Kühn (Wehner über Kühn: „Wenn's darauf ankommt, zieht er den Schwanz ein") sein Nachfolger werde, knurrte er zurück: „Auch diese Aussicht kann mich nicht schrecken."

Doch während Wehner bislang bei seinen bissigen Attacken stets sorgsam

doch nicht das Kamel sein, das das Gras frißt, das gerade am Wachsen ist." Und SPD-Vize Helmut Schmidt flüchtete sich in die unter sozialdemokratischen Regenten mittlerweile übliche Journalisten-Beschimpfung: „Diese sogenannten Interviews, die sich einige Journalisten vor den Fluren aufsammeln, sind nichts anderes als Brunnenvergiftung" und ihre Verfasser „Lumpensammler von Informationen".

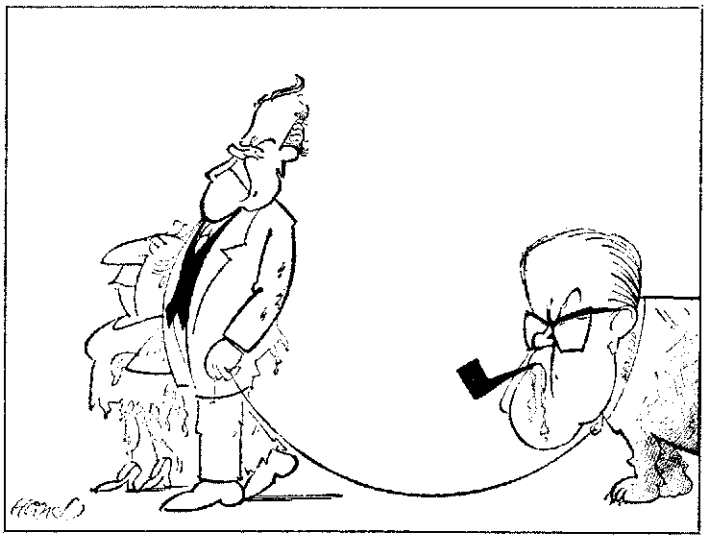
Doch während die SPD-Führer in der Öffentlichkeit noch lautstark ihre Solidarität mit Wehner verkünden, stellen sie insgeheim bereits Planspiele über die Nachfolge im Franktionsvorsitz an.

Selbsternannter Spitzenkandidat ist Finanzminister Helmut Schmidt (Wehner: „Der steht doch Schlange"). Seit seinem von Brandt verlangten Wechsel aus dem Fraktionsvorsitz ins Kabinett im Jahre 1969 hat der Hanseat nie verheimlicht, „daß ich gerne wieder an die Spitze der SPD-Fraktion zurückkehren würde". Auch Post- und Technologie-



tz, München

„Herbert, Fuß!"



Kölner Stadtanzeiger

Angeleint?

Im Umgang mit seiner Gehilfin, für die er selbst die Kleider kauft, offenbart sich der robuste Polit-Profi als einfühlsamer, liebevoller Familienvater — ein Gegensatz, den Wehners Parteifreunde auch bei anderen Gelegenheiten ausgemacht haben.

Der beißende Spott etwa, mit dem Wehner Freund und Feind bedenkt, kontrastiert zu dem sensiblen Mitgefühl, das bei Totenreden und Gedenkansprachen mitschwingt. Besucher in Wehners Ferienhaus auf der schwedischen Ostseeinsel Öland rühmen stets die überaus herzliche Gastfreundschaft des Hausherrn, der seine Gäste mit Schnaps und Heringen bewirtet, mit ihnen stundenlang durch die Wiesen streift und zum Abschied ein Lied auf der Mundharmonika spielt. Werner Figgen: „Wehner bleibt im Grunde für jedermann ein Rätsel."

Der gebürtige Sachse liebt das Land, das den kommunistischen Emissär we-

auf das Wohl der Partei und die Stärkung der eigenen Autorität bedacht war, verließ ihn bei seinem Sowjet-Trip erstmals der sichere Instinkt für die Wirkung seiner Ausfälle. Seine russischen Grobheiten halfen weder der sozialdemokratischen Partei noch Herbert Wehner.

Verwirrt nahmen die SPD-Bundestagsabgeordneten am Dienstagnachmittag voriger Woche die Abwiegelungsversuche der Parteispitze auf. Nach den gewundenen Beschönigungen des Kanzlers und des Fraktionschefs wunderte sich Jung-MdB Peter Reuschenbach, früher persönlicher Partei-Referent des Kanzlers, vor den Genossen: „Nach diesen Darstellungen habe ich den Eindruck, als hätte ich eine ganze Woche lang Zeitungen von einem anderen Erdteil gelesen."

Bitten um genauere Aufklärung schlug der Kanzler ab: „Man sollte

minister Horst Ehmke, der frühere Kanzleramtschef, wird als möglicher Fraktionsvorsitzender gehandelt, wenn Schmidt wider Erwarten nicht antreten sollte.

Beide Bewerber sind nicht nach dem Geschmack Herbert Wehners, der einen Typ wie den zurückhaltenden und innenpolitisch versierten Parlamentarischen Staatssekretär im Kanzleramt, Karl Ravens, bevorzugen würde.

Auf einen Zeitpunkt für den Machtwechsel an der Fraktionsspitze aber will sich Wehner jetzt jedenfalls noch nicht festlegen lassen. Doch angesichts der Kluft zum Kanzler ist er auf alles gefaßt. Denn Willy Brandt, das weiß er, vertraut ihm nicht mehr.

Wehner über die Aussichten, bereits vor der nächsten Bundestagswahl 1976 aus seinem Amt scheiden zu müssen: „Da gibt es welche, die schon dafür sorgen wollen."